

IX. Schweiz.

8. Januar. (Bern.) Der Bundesrat teilt mit, daß Peru der Wiener Übereinkunft vom 4. Juli 1891, betr. Geldanweisungen, beigetreten ist.

28. Januar. (Bern.) Der Große Rat von Bern genehmigt mit 121 gegen 4 Stimmen das Dekret, betreffend Zuschüsse für neue Eisenbahnlinien durch den Staat Bern, mit etwa 23 Millionen Francs.

2. Februar. (Zürich.) Neuordnung des Anwaltsberufs.

Der Kantonsrat beschließt eine Krughaltung des Rechtsanwaltsberufes. Der Angelpunkt des Gesetzes liegt in der Aufhebung der Freigabe der Advokatur und der Einführung eines durch Prüfung zu erwerbenden staatlichen Befähigungsmachtwortes für die berufsmäßige Führung von Zivil- und Strafprozessen.

28. Februar. Volksabstimmungen.

Der Entwurf des Bundesgesetzes, betreffend Errichtung einer Eidgenössischen Staatsbank mit Banknotenmonopol wird in der Volksabstimmung mit ca. 240000 gegen 190000 Stimmen verworfen. Das Berner Volk genehmigt mit 50571 gegen 15858 Stimmen den Beschluß vom 28. Januar, betr. Subventionierung neuer Eisenbahnlinien, darunter den Böschbergburchschiff und eine direkte Linie Bern-Neuenburg.

2. März. Der Schweizer Gesandte in Wien schließt mit dem bulgarischen Gesandten einen Handelsvertrag.

11./12. März. (Zürich.) Streik der Eisenbahnarbeiter der Nordostbahn.

Der Streik wird dadurch beendet, daß die den Angestellten der Nordostbahn zugestandenen neuen Dienstverträge vom 1. Januar 1897, die Lohnerhöhungen bezogen schon vom 1. Januar 1896 datiert werden, um